

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Warte. 1886-1920 1919

43 (30.5.1919)

Badische Warte

Geschäftsstelle und Verlag:
Karlsruhe, Erbprinzenstr. 6 :: Fernspr. 2573

Bürger- und Bauernfreund * Badische Post

Redaktion: Karlsruhe, Erbprinzenstr. 6
Fernspr.-Anschluß Nr. 2573

Erscheint wöchentlich zweimal: Dienstag und Freitag (die Freitag-Ausgabe mit achtfertigem illustriertem „Familienfreund“) — Bezugspreis vierteljährlich in Karlsruhe oder durch die Vertreter bezogen einschließlich Zustellgebühr 1.50 M., bei der Post 1.80 M.

„Für das deutsche Vaterland!“
Für deutsche Art und Sitte!
Für des Bürgers Wohlfahrt in Stadt und Land!

Anzeigen im Inseratenteil die sechsgespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Im redaktionellen Teil die dreigespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 60 Pfg. — Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt.

Nummer 43.

Karlsruhe, Freitag, den 30. Mai 1919.

34. Jahrgang.

Hierzu der „Illustrierte Familienfreund“

Deutschlands Antwort.

In drei Wochen so ungefähr die gleiche Arbeit zu leisten, zu der das gewaltige Heer der feindlichen Friedensunterhändler mit samt ihren Räten und Kommissionen ein gutes halbes Jahr gebraucht hat, bedeutet ganz gewiß eine hervorragende Leistung ersten Ranges. Aber niemand wird heutzutage Wert darauf legen, Fleißzeugnisse auszustellen. Worauf es einzig und allein ankommen kann und ankommen muß, ist die Frage, ob fruchtbare Arbeit geleistet worden ist oder ob man sich im Schwelgen seines Angebots wieder einmal nur für den Papierkorb der Weltgeschichte bemüht hat. Das zu entscheiden ist nicht unsere Sache. Herr Wilson wird, im Verein mit Lloyd George, mit Clemenceau und Orlando, darüber zu befinden haben.

Die deutsche Friedensdelegation überreichte am Tage der Himmelfahrt in Versailles eine eingehend begründete Denkschrift gegen Inhalt und Geist der feindlichen Friedensbedingungen und läßt diese in Gegenwortschläge ausmünden, die auf den im Waffenstillstandsvertrage von beiden Seiten feierlich besiegelten Wilsonschen Grundsätzen aufgebaut sind. Die Denkschrift bietet, kann nichts anderes bieten, als eine mächtige Zusammenfassung aller der Gedanken und Überlegungen, die der Verlierer Vertrag gegen sich herausfordern mußte, weil er uns einen Frieden gegen die Gewalt, der Verklagung und dauernden Verwundung auferlegen will. Diesen mittelalterlichen Geist versucht sie fortzuschlagen — mit den Waffen, die der Präsident der Vereinigten Staaten uns in überreicher Fülle zur Verfügung gestellt hat. Daß sie die deutschen Völker damit nicht viel Neues mehr sagen kann, versteht sich von selbst: sind wir doch alle mehr oder weniger mit Wilsonreden und Wilsonnoten gefüllt worden bis zum Überdruß. Wären seine Worte, seine Versprechungen unseren Gegnern nur halb so geläufig geblieben wie uns, es wäre wohl manches anders gekommen. So aber muß die Denkschrift den Verfassern des Friedensvertrages mit größter Entschiedenheit vorhalten, daß darin keine Spur von einem Rechtsfrieden zu entdecken ist, obwohl wir auf einen solchen vermöge eines unzweifelhaft rechtsverbindlichen Abkommens mit den alliierten und assoziierten Ländern einen unauferleglichen Anspruch besitzen. Stark unterstrichen wird die völlige Außerachtlassung der tiefgehenden politischen Umwälzungen, die im Spätherbst 1918 sich in Deutschland vollzogen haben — ganz im Sinne der strengsten Grundsätze der Demokratie, für die doch unsere Feinde — angeblich — in den Krieg gezogen sind. Macht geht vor Recht, das ist der einzige Leitgedanke unserer Gegner, während man immer behauptet hat und auch jetzt noch behauptet, die Gewalt im Völkerleben für alle Zeiten beseitigen zu wollen. Ob wir uns die Regelung der territorialen Fragen, der finanziellen oder wirtschaftlichen Friedensbedingungen annehmen, nirgends ist auch nur eine Spur von Rechtsgefühl zu entdecken, alles deutet auf die Absicht, das deutsche Volk zu vernichten. Die Schulfrage wird mit einem Federstrich gelöst, obwohl Wilson selber anerkannt hat, daß sie „nicht so einfach“ liege, daß vielmehr die Wurzeln des Weltkrieges sich tief in dem dunklen Boden der Geschichte verlieren. Und während wir uns die Mitwirkung des Volkes an seinen Zukunftsentscheidungen eben mit starker Hand gesichert haben, kommt jetzt die Denkschrift und will uns durch ihre „Wiedergutmachungskommission“ ihren Willen für unabsehbare Zeiten auferlegen, eine daß das deutsche Volk, seine parlamentarische Vertretung oder seine gesetzliche Regierung auch nur ein Wort mitzureden dürfte. Das bedeutet die volle Preisgabe unserer Unabhängigkeit, und die kann keinem Staate zugestanden werden. Der sterbenden Weltanschauung kapitalistischer und imperialistischer Tendenzen, die im Friedensvertrag ihren letzten entsetzlichen Triumph feiern, stellt die Denkschrift schließlich das angeborene Recht der Völker und Völker gegenüber, unter dessen Zeichen der malische Staat sich entwickelt, das niederländische Volk sich bereichert, die nordamerikanische Union ihre Unabhängigkeit errichtet, Frankreich den Absolutismus abgeschüttelt hat. Mit der Achtung vor diesem angeborenen Recht erscheint eine Vertrag, wie er Deutschland vorgelegt ist, nicht vernehmbar.

Folgen die Gegenwortschläge. Man sieht, eine maßvolle Sprache, würdig und bestimmt, aber ohne jeden herausfordernden Charakter. Daß „Unannehmbar“ wird man in dem langen Schriftstück vergebens suchen, obwohl es in und zwischen den Zeilen überall mit Händen zu greifen ist. Werden die Halbgötter in Paris aber unsere Denkschrift und ihre Gegenwortschläge „annehmbar“ finden? Wohlens so weit, daß man darüber in Verhandlungen austreten könnte? Die Hoffnung darauf ist gering, das wissen wir nur zu gut. Vielleicht wird auch der letzte Zweifel schon in wenigen Tagen von uns genommen sein.

In den deutschen Gegenwortschlägen.

W.B. Berlin, 27. Mai. Die deutschen Gegenwortschläge berücksichtigen in jeder Hinsicht die Bedürfnisse und Ansprüche der Alliierten, besonders Belgiens und Frankreichs, und versuchen, Sicherungen und Wege

zu schaffen, um diesen Bedürfnissen überhaupt genügen zu können. Deutschland erklärt sich bereit, bis 1926 20 Milliarden Goldmark zu zahlen und vom 1. Mai 1927 ab jährliche Abzahlungen in zinsfreien Raten mit der Maßgabe, daß die gesamte festzustellende Schuldenlast in keinem Fall den Betrag von 100 Milliarden Goldmark übersteigen soll, hierin eingerechnet sowohl die Leistungen an Belgien, wie die bereits erwähnten 20 Milliarden in Gold. Diese Zusicherungen stehen im Zusammenhang mit den territorialen Fragen. Deutschland nahm die Verpflichtung auf sich, allen Schaden zu ersetzen, der der Zivilbevölkerung der Alliierten in den besetzten Gebieten von Frankreich und Belgien und ihrem Eigentum durch den Angriff Deutschlands zu Wasser, zu Lande und in der Luft zugefügt wurde, unter der Voraussetzung und auf der Grundlage seines damaligen Bestandes. Tritt eine Verminderung des Reichsgebietes ein, so muß auch die Schadenersatzsumme entsprechend verteilt werden. Der mit der Feststellung der Schäden befaßten Kommission soll eine deutsche Kommission beigegeben werden, die sich mit ihr zu einigen hat: im Falle der Nichteinigung entscheidet ein gemischtes Schiedsgericht unter neutralem Vorsitz. Als weitere Voraussetzung der Zahlungsmöglichkeit ist anzusehen, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit einen bestimmten Prozentsatz als Annuität zu zahlen hat, daß keine Verminderung des Reichsgebietes eintritt, die nicht eine Folge des Selbstbestimmungsrechtes ist, daß ihm bei Wiederaufnahme seiner überseeischen Beziehungen die Wiedergewinnung von Kolonien nicht verweigert wird, daß ihm eine hinreichende Handelsflotte verbleibt, und daß es ihm gelingt, die aus dem Reichsgebiet entfernten Vermögen auf dem Wege internationaler Rechtshilfe zur Versteuerung heranzuziehen.

Die französischen Gewerkschaften gegen die Interventionenpolitik.

Der Nationalausschuß der französischen Gewerkschaften nahm einen Antrag an, sich sofort mit den Regierungen der Engländer, Italiener und Franzosen ins Benehmen zu setzen, um die Regierungen zur sofortigen Zuriücknahme der Truppen, welche sich in Rußland und anderswo befinden, aufzufordern und um die Probleme zu erörtern, welche die Zukunft des Weltproletariats interessieren. Eine Abordnung von 15 Mitgliedern werde der Regierung die Beschlüsse des Nationalausschusses überbringen.

Drohung mit der französischen Revolution.

„Populaire“ protestiert dagegen daß ein Artikel „Notwendig wichtiges Ultimatum“ von der Zensur teilweise verboten worden ist. Das Blatt schreibt: Zweifellos wird es so bleiben, bis rote Garben unsere Zensur ersetzt haben. Augenblicklich herrscht überall die Diktatur, aber man kann annehmen, daß letzten Endes die Arbeiter und Bauernmassen überall die Oberhand gewinnen werden, dann wird der revolutionäre Gedanke nicht mehr mit einem Knebel erstickt werden. Vorläufig müssen wir uns noch fügen.

Englisches Urteil.

„Daily Mail“ meldet aus Paris: Die englischen Delegierten glauben, daß die Schwierigkeiten in der Friedensnote bis zum 3. Juni behoben sein könnten, und daß das englische Unterhaus am 18. Juni den Friedensvertrag in Empfang nehmen könne. Möglicherweise würden die Verhandlungen bis kurz nach Pfingsten dauern.

Eine italienische Information.

„Secolo“ meldet aus Paris: Den italienischen Pressevertretern wurde die Information gegeben, daß sich der Abschluß der Verhandlungen mit Deutschland nicht schnell vollziehen werde. Die Form eines Ultimatums werde in keinem Falle gesetzt werden.

Amerika und Wilson.

Ein Telegramm aus Boston besagt, daß der Präsident des demokratischen Klubs in Massachusetts und 36 Abgeordnete an Wilson folgendes Telegramm geschickt haben: „Die Vereinigten Staaten wünschen Ihre Rückkehr, um die Herabsetzung der gestiegenen Lebensmittelpreise zu bewerkstelligen, was wir für viel wichtiger halten als den Völkerverbund.“

Unsere Westgrenze und das Saarbecken.

Clemenceaus jüngste Note!

Auf die beiden Noten des Grafen Brockdorff-Rantzau über unsere Westgrenze und das dem Saargebiet angebrohte Schicksal hat Clemenceau namens der Entente in einer Note geantwortet und sagt u. a.:

Ich bestreite feierlich im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen, daß im Friedensvertrag deutsche Gebiete gleich Schachfiguren zum Gegenstand eines Handels zwischen verschiedenen Souveränitäten gemacht werden. Tatsächlich werden die Wünsche der Bevölkerung der sämtlichen besetzten Gebiete in Berücksichtigung gezogen werden. Die Modalitäten dieser Volksbefragung wurden im Einverständnis mit der örtlichen Verhältnisse mit Sorgfalt erwogen.

In den an Belgien abgetretenen Gebieten

Ist der öffentlichen Meinung jede Freiheit gewährleistet, um sich binnen einer Frist von sechs Monaten auszusprechen. Die einzige Ausnahme wird gemacht für den Teil von Breusch-Moresnet, der sich westlich der Straße von Lüttich nach Aachen hinzieht, dessen Bevölkerung weniger als 500 Einwohner umfaßt und dessen Waldbestand an Belgien abgetreten wird als Teil der Wiedergutmachung für die von Deutschland in Belgien vorgenommenen Zerstörung von Waldbeständen. In Bezug auf Schleswig ist zu bemerken, daß die Bevölkerung sich auf Wunsch der dänischen Regierung und deren Bevölkerung mit der Angelegenheit befaßt. Die vollständige Übergabe der in der Nähe der französischen Grenze liegenden Gruben ist die einfachste Entschädigung für die in Frankreich gestörten Bergwerke.

Gewisse Stellen in ihrem Briefe scheinen eine gewisse Ungenauigkeit der Auslegung unserer Artikel zu verraten. Um die Höhe der Zahlung in Gold bei einem eventuellen Rückkauf der Bergwerke im Saargebiet zu vermeiden, beschloßen die alliierten und assoziierten Regierungen, diese Bestimmung zu ändern. Sie schlugen vor, der Bestimmung folgende Fassung zu geben: Die Verpflichtung Deutschlands, seine Zahlung auszuführen, wird von der Entschädigungskommission in Erwägung gezogen werden. Deutschland kann eine Spottprobe dafür geben, deren Höhe die Kommission bestimmen wird.

Das ist alles! Der einzige Unterschied ist der, daß wir nicht in Gold zu zahlen brauchen, was wir ja auch niemals nicht gekonnt hätten.

Schleswig-Holsteins Selbstbestimmung.

Waffenkundgebung der deutschen Bevölkerung.

In allen größeren Städten Schleswig-Holsteins fanden am Sonntag Waffenkundgebungen der deutschen Bevölkerung für die Untrennbarkeit der Nordmark statt. Die Versammlungen fielen übereinstimmend Entschuldigungen, in denen für Nordschleswig das unverfälschte Selbstbestimmungsrecht, d. h. die Abstimmung nach Gemeinden gefordert wird.

Thorn bleibt deutsch.

Der Gouverneur der Festung Thorn hat eine Kundgebung erlassen, die sich gegen die Absicht vieler Bürger, ihre Familie und ihre Habe von Thorn abzuschleppen, wendet und mit den Worten schließt: Die Festung Thorn ist gegen alle Angriffe gesichert. Sie ist und bleibt fest in deutscher Hand.

Kardinal v. Hartmann über Malmédy und Eupen.

Der Kardinal-Erzbischof von Köln hat an die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen die Abtrennung Malmédys und Eupens vom Kölner Sprengel protestiert und gegebenenfalls eine allgemeine geheime Abstimmung der Bevölkerung verlangt.

Oberschlesien wird sich niemals fügen.

Der Berliner Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald“ meldet seinem Blatte, er habe auf einer Reise durch Oberschlesien vollständige Einigkeit zwischen den polnischen und deutschen Arbeitern und den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen vorgefunden. Sie protestieren alle dagegen, von einem Staate, in dem ihre Zukunft gesichert sei, an einen Staat übertragen zu werden, in dem die Lebensverhältnisse rückständig und unfriedlich seien. Selbst wenn die Berliner Regierung den Frieden unterzeichne, was sehr zu bezweifeln sei, so werde Schlesien sich niemals fügen.

Die Schuldfrage!

Unter einseitiger Fehler.

Verfaßtes, 26. Mai.

Graf Rantzau überreichte die 18. deutsche Note, die sich erneut mit der Schuldfrage beschäftigt. Darin gibt Deutschland zu, daß es die belgische Neutralität zu Unrecht verletzt habe, erklärt aber ausdrücklich, daß dieses seine einzige Schuld am Kriege sei.

Die ausführliche Note des Grafen Brockdorff-Rantzau betont u. a. folgendes: „Der Angriff durch Belgien auf Nordfrankreich war es, für den die deutsche Regierung Deutschlands Verantwortlichkeit ausgab, nicht aber eine angebliche Schuld am Ausbruch des Krieges oder die äußerliche Tatsache, daß die formelle Kriegserklärung von seiner Seite ausgegangen war. Die Bedeutung der Note des Staatssekretärs Lansing lag für die deutsche Regierung darin, daß die Entschädigungspflicht sich nicht auf die Wiederherstellung der Sachwerte beschränkte, sondern auf jeden Schaden ausgedehnt wurde, den die Zivilbevölkerung im besetzten Gebiet an Verloren oder Eigentum erlitten hatte, mochte er im Verlauf der Kriegshandlungen zu Lande, zu Wasser oder von der Luft aus herbeigeführt

sein. Das deutsche Volk hat die Einseitigkeit wohl empfunden, die darin lag, daß man ihm die Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs auferlegte, während man ihm eine Entschädigung für die Gebiete des deutschen Ostens verweigerte, die von den Truppen des russischen Zaren nach einem von langer Hand vorbereiteten Plan überfallen und verwüstet worden waren.

Deutschlands Gegenrechnung.

Besonders wichtig in unserer Note ist auch folgender Abschnitt: „Wenn nunmehr die alliierten und assoziierten Regierungen die Auffassung vertreten sollten, daß für jede völkerrechtswidrige Handlung, die im Kriege begangen worden ist, Schadenersatz geschuldet wird, so will die deutsche Delegation die grundsätzliche Richtigkeit dieses Standpunktes nicht bestreiten; sie macht aber darauf aufmerksam, daß dann auch Deutschland eine erhebliche Schadenrechnung aufzustellen hat, und daß die Ersatzverpflichtungen seiner Gegner, insbesondere gegenüber der durch die völkerrechtswidrige Hungerblockade innerlich geschädigten deutschen Zivilbevölkerung sich nicht auf die Zeit beschränken, wo der Krieg noch beiderseits geführt wurde, sondern ganz besonders auch für die Zeit aufsteigen, wo es nur noch eine Kriegführung der alliierten und assoziierten Mächte gegen das freiwillig wehrlos gewordene Deutschland gab.“

Das deutsche Volk lehnt die Verantwortung ab.

Der Schluß der deutschen Note faßt nochmals alles Wesentliche zusammen und betont ausdrücklich: „Das deutsche Volk, das niemals die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges auf sich genommen hat, kann mit Recht verlangen, daß ihm seine Gegner mitteilen, aus welchen Gründen und mit welchen Beweismitteln sie seine Schuld an allen Schäden und Leiden dieses Krieges als Unterlage der Friedensbedingungen machen.“

Es kann sich daher nicht um die Bemerkung abheften lassen, daß von den alliierten Regierungen durch eine besondere Kommission in der Frage der Verantwortlichkeit gesammelte Material sei eine innere Angelegenheit dieser Regierungen.

Diese Lebensfrage des deutschen Volkes muß in aller Öffentlichkeit erörtert werden; Methoden der Geheimdiplomatie sind hierbei nicht am Platze. Die deutsche Regierung behält sich vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Graf Brodorski-Rankau im neutralen Urteil.

Amsterdam, im Mai.

Ein holländischer Berichterstatter, der zurzeit in Versailles weilte, veröffentlicht in einem Amsterdamer Blatte eine bemerkenswerte Charakterisierung des Grafen Brodorski-Rankau. Der Graf, schreibt er, ist eine Persönlichkeit aus einem Gusse, aber die Vierverdratspresse wußte bisher mit ihm nichts anzufangen. Er ist von Geburt Schleswig-Holsteiner. Brodorski ist der Name des Familienamtes seiner Familie. Das Schicksal will es, daß sein Stammesloos in einem Gebiete liegt, in dem, gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages, eine Volksentscheidung über die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zum Deutschen Reiche erfolgen soll. Die Mutter des Grafen Rankau, der der Sohn mit rührender Bärtlichkeit zugeht, lebt noch auf dem Stammesloos. Der Graf ist ledig, eine vornehme Erscheinung, mit sicherem Auftreten, etwas menschlichen und zurückhaltend, in Gesellschaft aber ein feiner Bänderer, witzig und schlagfertig. Sein Wesen ist eine harmonische Mischung von geschultem Weltmann und zwanglosem Bohemier. Er ist ein großer Kunstfreund und besitzt eine bedeutende Kunstsammlung. Kurz, er ist durchaus der Typus des modernen Menschen.

Graf Rankau war bekanntlich Gesandter in Kopenhagen. Wenn man vernimmt, daß er als solcher auf der schwarzen Liste Ludendorfs stand, so genügt dies, um seinen selbständigen Standpunkt zu kennzeichnen. Er scheute sich denn auch nicht, zu einer Zeit, da es noch scheinbar gut ging, dem Kaiser zu sagen: „Majestät, Sie werden schließlich falsch informiert.“ Graf Rankau gehört keiner politischen Partei an; er ist aber überzeugter Demokrat. Er will dem deutschen Volke den Frieden bringen, nicht aber bloß einen Frieden auf einige Jahre. Er denkt an weite Entwicklungen; der Friede, den er anstrebt, muß dauerhaft, die Bedingungen, die er unterzeichnet will, müssen erfüllbar sein. Er ist gewillt, den Chauvinismus in jeder Gestalt niederzuhalten; darin müssen ihm die friedliebenden Demokraten aller Länder zur Seite stehen.

Nur ein Mensch.

Roman von C. Gerhardt.

51

(Nachdruck verboten.)

Holborns waren sehr erstaunt über Jansens von ihm Erscheinung, und seine Gewandtheit und Liebenswürdigkeit bezauberten nicht nur die kleine altmodische Tante, die ihm im stillen alle ihre heimlichen Vergleiche mit dem formlosen, drummtigen alten Vandalen abgab, sondern auch ihre beiden steifen Töchter, die mit einer an Reiz grenzenden Empfindung auf ihre Nase blickten, der vorausichtlich ein liebliches Loos an der Seite dieses Mannes im schönen Berlin winkte. Herr von Holborn, den schon ein ihm von Manfred gesandtes Schriftstück über sein Vermögen und seine Einnahmen sehr günstig gestimmt hatte, rief, als er das Brautpaar Arm in Arm durch den Garten schreiten sah, mit seiner üblichen Verbitterung: „Donnerwetter, seid ihr aber ein schönes Paar!“

Ein glückliches, verehrter Herr Dheim“, antwortete der Professor lachend, „und das ist viel wichtiger.“

Soll leuchtete die Frühlingssonne, als Manfred und Tutta vor dem geschmückten Altare der kleinen Dorfkirche ihre Hände zum ewigen Bunde ineinander legten und das Gelübde der Treue aussprachen.

Auf besonderen Wunsch des elternlosen Mädchens beschränkte sich die nachfolgende Feier auf nur ein Frühstück im engsten Familienkreise, wozu Frau von Holborn, die mit diesem Essen gerne vor den Nachbarn gepöhlte und die ein enbloßes Diner für notwendig zu jeder Hochzeit in ihren Kreisen hielt, nur sehr ungern ihre Zustimmung gegeben.

Schon der Abendzug brachte das junge Paar nach Berlin. Ein Auf freudigsten Entsaurens entrang sich Tutta Lippen, als sie die große, elegante Wohnung betrat, die fortan ihr Heim sein sollte und ihr überall aus Schalen und Vasen Rosen und Veilchen in den herrlichsten Exemplaren entgegenstufeten. Und dort — in ihrem reizenden Zimmer mit dem großen Erkerfenster stochte plötzlich ihr Fuß, dann perlen Tränen, große Tränen über ihr Antlitz, und sie ergriff mit stummer, leidenschaftlicher

Den wahren Demokraten zeigt sich auch in seinem Verhältnis zur Presse. Schon im Jahre 1914, vor dem Kriege, anlässlich eines Kongresses in Kopenhagen, hat er die Zusammenarbeit von Diplomatie und Presse betont und diese als Bruder und Schwester verglichen; er hat auch jetzt seine Auffassung nicht verleugnet: ein Beispiel dafür mag sein, daß er unverzüglich nach der Empfangnahme der Friedensbedingungen die Vertreter der Presse verklammerte und ihnen über den Gang der Dinge berichtete.

Stürmische Debatte im Viererrat.

Wilson gegen Italien.

In einer der letzten Sitzungen des Rates der Vier kam es zwischen Wilson und Orlando wieder zu einem neuen heftigen Konflikt. Orlando erklärte die folgenden äußersten Zugeständnisse in der Fiume-Frage: Fiume soll eine Freistadt werden, aber von Italien diplomatisch vertreten werden. Dalmatien solle den Südländern gehören mit Ausnahme der Bezirke von Zara und Sebenico. Wilson erklärte hierauf, daß Italien noch weit größere Konzessionen machen müsse. Orlando berief sich aber auf den Londoner Vertrag, worauf Präsident Wilson sehr laut und heftig wurde. Er sprach sich über den Schaden der Geheimverträge sehr abfällig aus. Schließlich mußte Clemenceau eingreifen. Er machte Italien darauf aufmerksam, daß es für Italien sehr verhängnisvoll sein würde, den Krieg durch Vereinbarungen zu beenden, die von den Vereinigten Staaten nicht unterzeichnet würden. Der Konflikt blieb ungelöst.

Vermittlung des Papstes in Paris?

Der preussische Gesandte beim Vatikan, v. Mühlberg, hat seinen Abschied eingereicht und wird durch den früheren Legationsrat beim Vatikan, v. Berger, ersetzt, der aber nicht mehr Preusse, sondern das Reich vertritt. Diese Nachricht bringt die Germania und fügt hinzu, um Verhandlungen mit der Entente wegen der deutschen Missionsfragen anzuknüpfen, habe sich Mgr. Caretti, der Substitut des Kardinal-Staatssekretärs, nach Paris begeben. Man könne wohl mit Sicherheit annehmen, daß er darüber hinaus über den Friedensentwurf mit den Gegnern Fühlung suchen wird.

Hohn für Deutschlands Not.

h. Berlin, 26. Mai.

Die blutige Hohn muß die Note Clemenceaus über Deutschlands wirtschaftliche Lage wirken. Man braucht sich nur wenige Zahlen zu vergegenwärtigen, um diese Verhöhnung in ihrem ganzen Umfange zu erkennen.

Vor dem Kriege führten wir für 1 1/2 Milliarden Mark jährlich ausländische Futter- und Düngemittel ein, um die Ernährung der Bevölkerung aufrechterhalten zu können. Nach dem jetzigen Stande unserer Valuta müßten wir ungefähr 6 Milliarden für den gleichen Zweck an das Ausland geben, um nur einigermaßen ausreichende Nahrungsmittel erzeugen zu können. Da unsere Wirtschaftsmöglichkeit durch den Friedensentwurf der Entente aber derart gebrochen werden soll, daß im entferntesten nicht an eine solche Milliardenausfuhr gedacht werden kann, würde ein großer Teil der Deutschen einfach dem Hungertode preisgegeben.

Durch die geplante Abtrennung des Saarbeckens, Oberlothringens und Elsaß-Lothringens verlieren wir ein Drittel unserer bisherigen Kohlenförderung vor dem Kriege. Übrig bliebe nach der Deduktion des inländischen Bedarfs ein Überschuss von 10 %. Aber 20 % sollen nach der sogenannten Wiedergutmachungs-idee ins Ausland gehen. 91 Millionen Tonnen würden wir fördern, 96 Millionen Tonnen brauchen wir für In- und Ausland, also ein Defizit von 5 Millionen Tonnen. Wühn ist die Ausfuhrung der Vorschläge eine glatte Unmöglichkeit.

An Eisenerzen und Zinken verlieren wir durch die Abtretung Elsaß-Lothringens 28 Millionen Tonnen Förderung. Frankreich hatte bisher 21 Millionen Tonnen Förderung, diese erhöht sich demgemäß auf 49 Millionen Tonnen, während uns nur 7 Millionen verbleiben. Deutschland, das bisher in der Erzförderung mit 35 Millionen nur hinter den Vereinigten Staaten mit 60 Millionen Tonnen zurückstand, wird weit nach unten gedrückt, während Frankreich an die zweite Stelle rückt.

Gegen den unzweifelhaft in Deutschland bei der unzureichenden Ernährungsmöglichkeit stark aufflammenden Auswanderungstrieb reagiert sich schon das Ausland.

Gedärde des Gatten Rechte und küßte sie. Aber ihrem Schreibtische hingen zwei Gemälde, die Porträts ihrer Eltern, welche Manfred nach kleinen Photographien von einem berühmten Meister hatte malen lassen, — eine überaus zartförmige Hochzeitsgabe.

Beide waren in dem Wunsche übereingekommen, jetzt keine der üblichen Reisen zu machen. Nichts erschien ihnen weniger geeignet, sich mit- und ineinander einzulieben, als eine rastlose Jagd von einem Ort zum andern, als die Neugierde, mit der ein junges Paar von mühsigen Fremden betrachtet zu werden pflegt, als das Zusammensein mit gleichgültigen Menschen. Aber lebhaftes Erstaunen prägte sich in Tuttas Bild aus, als zwei bis drei Tage vergingen, und Manfred immer noch an ihrer Seite blieb. „Hast du keine Patienten?“ fragte sie ihn endlich verwundert.

„Oh, mehr als mir im eigenen Interesse derselben wünschenswert ist, doch ich habe mich freigemacht, völlig frei für einige Wochen, um ganz meiner hohen Gebieterin zu leben. Was das nicht ein köstlicher Gedanke?“

„Du lieber, lieber Mann!“ war das einzige, was sie erwidern konnte.

Wie ein wohnvoller Traum verrauchten ihnen diese Wochen; kein Leid, keine Sorge, kein Zweifel drängte sich in diese Zeit reinen, unaussprechlichen Glückes! Jeder erkannte in des andern Innern ihm bisher fremde, reizvolle Tiefen, und indem sie sich immer besser verstehen lernten, wuchs ihre Liebe zueinander. Es war wahrlich, als hätte der Himmel sie im voraus füreinander bestimmt, so sehr harmonisierten und ergänzten sich ihre Charaktere. Zuweilen verließen sie auch die friedliche Stille ihres Hauses und durchstreiften ganz Berlin, das Tutta noch wenig kannte, und Manfred erläuterte ihr die Verschiedenartigkeit der Stadtteile nach ihrer historischen Entwicklung. Auch die schöne Umgebung Berlins war das Ziel mancher Ausflüge, und wenn die Gatten abends erfüllt von mannigfachen Eindrücken heimkehrten, setzte sich Tutta an ihren herrlichen blühnerischen Flügel und sang zu Jansens Entzücken ihre Lieder.

Auch als des Protectors selbstgehaltene Ferien aufhörten, widmete er sich so viel, als möglich seiner inneren

Die Vereinigten Staaten von Amerika wollen für die nächsten Jahre die Einwanderung Deutscher gänzlich verbieten, in Südamerika plant man Abwehrmaßregeln. Andererseits ist sogar mit harter Auswanderung von Auslandsdeutschen zu rechnen, da ihnen die Daseinsmöglichkeit im Auslande schon während des Krieges unterbunden wurde, was sich nachher zweifellos nicht ändern wird.

Die Hungerblockade hat nach den unanfechtbaren Feststellungen des Reichsgesundheitsamtes Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Opfern gefordert. Die Massenvernichtung würde anhalten, zumal ja auch unter Handelsverkehr und jede Austauschmöglichkeit durch die territorialen und sonstigen Beschränkungen erstickt würden.

Kurz, aus welcher Richtung man auch das Problem betrachtet, der Friedensentwurf der Entente bedeutet den wirtschaftlichen und leiblichen Tod für Deutschland. Die Worte der Clemenceaunote, die von einem erträglichen Frieden sprechen, können deshalb kaum anders aufgefaßt werden, sie bleiben eine grimmige Verhöhnung.

Die Umtriebe im Rheinland.

Erlaß des Ministeriums gegen die Hochverräter.

Ein Erlaß der Reichsregierung, der von sämtlichen Reichsministern unterzeichnet ist, richtet folgende Warnung an die Bewohner des Westens:

Nach zuverlässigen Nachrichten besteht der verbrecherische Plan, die Provinz Rheinland zu einer selbständigen Republik auszurufen. Verfassungsgemäß bildet die Provinz Rheinland einen Bestandteil des preussischen Staates. Wer es unternimmt, diesen verfassungsmäßigen Zustand durch Losreißung der Provinz Rheinland vom preussischen Staatsgebiete zu ändern, macht sich des Hochverrats schuldig, der nach § 81 des Reichsstrafgesetzbuches mit lebenslangem Zuchthaus oder lebenslanger Festungshaft bestraft wird.

Die Warnung der Regierung schließt mit den Worten: Die Strafverfolgungsbehörden sind verpflichtet, gegen jeden an den hochverräterischen Umtrieben Beteiligten mit der vollen Schärfe des Gesetzes einzuschreiten.

Königliche Volkszeitung gegen die Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat die feierliche Erklärung abgegeben, daß sie über die Loslösungsbestrebungen im Rheinland von keiner Seite unterrichtet worden sei. Das läßt die königliche Volkszeitung nicht gelten und erklärt überflüssig mit außerordentlicher Schärfe:

„Es ist geradezu unerhört, daß die Berliner Regierungskreise mit derartigen Mitteln die öffentliche Meinung zu täuschen suchen. Wenn irgend etwas die Stimmung deutsch-geöffneter Rheinländer erhellen soll, so braucht nur eine ähnliche Methode befolgt zu werden. Wir stellen hier in unzweideutiger Weise fest, daß den amtlichen Stellen in Berlin, wie auch der Friedensdelegation in Versailles und der Waffenstillstandskommission in Spa entsprechende Mitteilungen vor und nach den Besprechungen gemacht worden sind. Noch heute ist uns bestätigt worden, daß die vorerwähnten Mitteilungen den zuständigen Stellen der Reichsregierung und der Friedensdelegation rechtzeitig zugegangen sind.“

Man darf gespannt sein, wie sich die amtlichen Stellen auf dieser kategorischen Erklärung verhalten werden. — Die gesamte Kölner Arbeiterschaft hat auf die Nachricht von der beschlagnahmten Ausfuhrung der Republik Rheinland einen eintägigen Proteststreik mit großen Demonstrationen veranstaltet.

Ein Einblick in die Machenschaften.

Nach zuverlässigen Berichten haben die Verhandlungen über die Gründung einer rheinischen Republik in Mainz bei dem französischen General Mangun stattgefunden. Dort erklärte man dem Hauptwortführer, Redakteur Froberger von der königlichen Volkszeitung, wenn die Gründung eines rheinischen Freistaates sich durchsetzen sollte, hätten die Franzosen nichts dagegen. Die Franzosen wollten die Losrennung des besetzten Gebietes von Deutschland mit allen Mitteln durchsetzen, das sei augenblicklich die wichtigste Aufgabe Frankreichs. Die Franzosen sind aber enttäuscht, daß die Bewegung noch keine weitere Form gezeitigt hat. Der General legte die Frage vor, was geschehe, wenn der Friede nicht unterzeichnet würde, und sagte, die Franzosen würden im besetzten Gebiet eine Proklamation an das Volk richten und fragen, ob das Volk Krieg oder Frieden haben wolle. Auf die Frage, was dann die Bevölkerung tun würde, erklärte die Abordnung, daß könne sie nicht sagen.

Frau. Nur über seinen Beruf sprach er niemals, aber er fiel dieses nicht auf. Hatte ihr Vater den Seinen doch nicht seine wirtschaftlichen Pläne, Sorgen und Kummer mitgeteilt, ja oft seine Standesgenossen wegen dieser Gewohnheit getadelt, und hatte Manfred doch auch bis zu jener halb schmerzlichen, halb seligen Stunde in Montreuil seine Tätigkeit nicht einmal erwähnt. Ihr war es lieb, daß es jetzt so blieb, denn in ihrer Seele lebte noch immer uneingeschoben die Furcht, ihres Mannes Beruf könnte einen Schatten auf ihr sonstiges Glück werfen.

Mit bangem Gefühl hatte sie nach dem Abendessen den Ansturm hinter dem Wohnhause, mitten im blühenden Garten die roten Mauern der Klinik ihres Gatten zwischen dem Grün auftauchen sehen, aber allmählich gewöhnte sie sich an den Anblick; ja, sie betrachtete mit wachsender Anteilnahme, die zuweilen an den Fenstern sichtbaren Gestalten der Kranken, ohne daß ihr der quälende Gedanke kam: „Wird es Manfred gelingen, ihnen die Gesundheit wiederzugeben?“

Im Herbst machten der Professor und Tutta mehrere Besuche bei besessenen Gelehrten und habuchten damit eine lebhaftere Geselligkeit an. Sie hatten ihren Empfangstag und gaben außerdem im Laufe des Winters einige größere Festlichkeiten. Manfred wünschte, daß Tutta ein junges Leben, auf welches schon so tiefe Schatten gefallen, genieße. Sie besuchten gemeinsam Theater und Konzerte und in ihren Salons sammelte sich allmählich die Gruppe der Berliner Gelehrten- und Künstlerkreise. Manfred war unglücklich stolz auf seine schöne Frau, die mit Anmut und Takt so viel Geist verband, daß sie immer der belebende Mittelpunkt blieb. Ihr früherer schwermütiger Ernst war einer sonnigen Stimmung gewichen, die doppelt reichlich bei ihrer Veranlagung wirkte, und mehr als einmal schlang sie die Arme um Manfreds Nacken und flüsterte ihm zu: „Manfred, Geliebter, wie glücklich machst du mich.“

Unter den Damen, mit denen sie in näherem Umgang stand, zog sie am meisten die schon ältere Frau eines Kollegen ihres Mannes an, Frau Professor Feinrot, eine Dame von geringer äußerer Anmut, war kinderlos und füllte ihre zahlreichen Ruhestunden mit eifrigen willigen

erst das Volk befragt werden. Die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages bedeute die Errichtung des Volksstaates. Auf die Frage Manguins, was geschehe, wenn der Friede unterzeichnet würde, sagte Froberg, dann würde sich alles erfüllen, wie es im Friedensvertrage vorgesehen sei. Wenn aber die Bildung des Volksstaates unter diesen zerrissenen Verhältnissen gelingen sollte, müßten wesentliche Erleichterungen eintreten. Manguin glaube, daß sich eine Lösung finden würde, um die Republik zu gründen, er selbst wolle nach Paris schreiben, um von der beabsichtigten Proklamation Mitteilung zu machen.

Bis zum letzten Tropfen Gold...

Auch ein Kapitel des Friedensentwurfs.
Nach Golbe drängt,
Am Golbe hängt
doch alles! Goethe.

Es hätte nicht der Versicherung französischen Zeitungen genügt, daß man Deutschland den letzten Tropfen Gold schenken wolle, wer zwischen den Beilen des Friedensentwurfs zu lesen vermag, wer seine mit wilder Bosheit schallenden wirtschaftlichen Bestimmungen liest, daß es der Entente — und besonders Frankreich — darauf ankomme, alles zu nehmen, was einen Wiederaufstieg ermöglichte. Dazu gehört vor allem das Gold. Ein Land ohne sicheren Goldbestand ist wirtschaftlich zum Niedergang verurteilt, seine Finanzen können niemals mit den Erfordernissen der Weltwirtschaft in Einklang gebracht werden. Man darf wohl sagen, die neuere Geschichte des Goldes sei die Geschichte der Weltwirtschaft der letzten Jahrzehnte.

Aber Gold in Hülle und Fülle zu verfügen, ist etwas anderes, denn wer darüber zu verfügen hat, erlangt in der Welt alles, was er will. So schrieb Christoph Columbus an die Königin von Spanien. Und in der Tat: nach alle Jahrhunderte war das Gold das bestimmende Element der Staaten, bis es bei dem wachsenden Güterverkehr der Weltwirtschaft geworden ist. Ein Glück für die Menschheit ist es, daß jährlich eine steigende Menge an Gold auf der Erde erzielt wird. Während im Jahre 1890 nur 482 Millionen Mark gefördert wurden, betrug die Goldproduktion der Welt 1908 1880 Millionen. Auf dieser Höhe hat sich seitdem die Produktion erhalten. Einmal die Goldproduktion gewaltig abnahm, so daß der jetzt feststehende Preis (2790 Mk.) erheblich über den Wert stünde, so würde unangenehm Geld über die Kulturmenschheit kommen. Alle Waren würden bei dem Goldnot außerordentlich im Preise sinken und die Verwertung jedweder menschlichen Arbeit und Betätigung würde so geschmälert werden, daß wir wohl oder übel zur Naturalwirtschaft zurückkehren müßten.

Das Schicksal, von dem die Welt bei einem einsetzenden Goldmangel bedroht wäre, will uns der Friedensentwurf der Entente bereiten, und wenn noch ein Zweifel daran blieb, so beheben ihn die Erläuterungen, die halbamtliche feindliche Blätter zu den wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertragsentwurfs geben. Man will den letzten Tropfen Gold aus Deutschland herausziehen, d. h. man will die Verwertung unserer Warenproduktion, wie unsere Verkaufsstraße vollständig vom Ausland abhängig machen. Wenn Deutschland seinen Goldbestand nicht hat, so sind seine Notenbanken ohne Deckung für die Papiere, deren Sicherheit in dem Goldvorrat der Reichsbank und der anderen Geldinstitute bestand. Nun geht die menschliche Arbeitskraft mehr wert als Gold. Aber für uns kommt dieser Mehrwert nicht in Frage, da die famose Wiedergutmachungskommission es sich vornimmt, die Preise für die von uns gelieferten Fabrikate festzusetzen. Wir können also weder durch billige und gute Waren den Weltmarkt auf dem Wege des freien Wettbewerbs zurückgewinnen (abgesehen davon, daß wir vom Handelsraum unserer Gegner abhängig sind) noch können wir durch gute und teure Ware, etwa durch Fabrikate, die das Ausland brauchen müßte, unseren Goldbestand vergrößern, weil die Entente alle Überschüsse für sich verlangt. Aber wir können auch nicht einkaufen, da das Ausland nach dem niedrigen Stand unserer Mark in Gold bezahlt haben will.

So ist für uns die Goldfrage die Frage um Sein oder Nichtsein geworden. Es ist kein Wunder, wenn hier und da der Gedanke auftaucht, dem Vaterland die heimischen Goldschätze nutzbar zu machen. Mancher wird erstaunt aufschreien. Aber wir verfügen in der Tat über die Möglichkeit, in der Heimat Gold zu gewinnen. Abgesehen davon, daß in der Erde vor einigen Jahren Gold geunben wurde, bergen auch unsere Ströme und gewisse Gebiete

unserer Meeresküsten das edle Metall. Geologen meinen, daß der Rheinland etwa 150 Millionen Gold birge. Aber die Goldwäscherei wäre wenig einträglich. Die Arbeit würde das gewonnene Kapital aufzehren. In früheren Zeiten, daran sei hier erinnert, hat freilich einmal die deutsche Goldgewinnung, wenn auch nicht den Weltmarkt, so doch die deutsche Volkswirtschaft wesentlich beeinflusst. In Bayern (Goldkronach) im Böhmerwald ward Gold gewonnen, in der Harz, im Inn, im weißen Main, im Regen, in der Alt und Murach wurde Gold gewaschen. Aber in die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts stellte man nach und nach die Betriebe ein, weil der Ertrag kaum noch die Gewinnungskosten deckte.

Die jüngsten Goldfunde in der Erde sind nicht von wesentlicher Bedeutung. Aber auch für den Fall, daß wir das heimische Gold abbauen began, wäßen wollten, es hätte ja keinen Zweck, weil unsere Feinde alles Gold bis auf den letzten Tropfen aus dem Lande ziehen wollen. Auch diese Erwägungen führen also dazu: wir dürfen den Vertrag in seiner vorliegenden Fassung nicht unterzeichnen.
Max Denart.

Nicht den Kopf verlieren!

Der Kursrückgang der deutschen Kriegsanleihen.

Eine der bedeutendsten Wirkungen, die die Friedensbedingungen des Verbandes auf die Börse hatten, war der scharfe Rückgang der deutschen Kriegsanleihen. Diese schwankte kurz vor der Veröffentlichung etwa um 84 1/2 bis 85 % und stürzte dann binnen wenigen Tagen auf etwa 78 %. Seitdem ist allerdings eine leichte Erholung eingetreten, die aber nur etwa ein Viertel des Verlorenen wieder einbringen konnte.

Was ein derartiger Rückgang unseres wichtigsten Wertpapiers für die deutsche Volkswirtschaft bedeutet, bedarf kaum einer Erörterung. Man braucht ja nur daran zu erinnern, in wie hohem Maße neben den Einzelnen auch Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und Industrieunternehmen ihre freien Mittel in Kriegsanleihen angelegt hatten, um zu sehen, welche ungeheuerlichen Verluste jetzt eintreten werden. Aber davon soll hier weniger die Rede sein, als von der Wirkung, die diese Kursrückgänge gerade auf die kleineren Anleihebesitzer gehabt haben.

Ähnlich wie in den Revolutionen — und dann in den Spartakistagen hat sich dieser Kreis wieder ein durchaus verständliches tiefes Unbehagen bemächtigt, das viele von ihnen dazu veranlaßt, sich ihres Anleihebesitzes trotz des großen Verlustes, den sie daran erleiden, um jeden Preis zu entledigen. Verständlich ist diese Handlungsweise natürlich, sie ist aber weder berechtigt, noch vernünftig; denn was soll und kann der Anleihebesitzer heute gegen seine Anleihe eintauschen? Es gibt doch eigentlich nur drei Möglichkeiten: Bargeld, andere Wertpapiere oder Waren. Beim baren Gelde würde, wenn uns der Friede nach dem jetzt vorliegenden Entwurf ausgenommen würde, die Entwertung genau die gleiche sein, wie sie sich im Laufe der Anleihen ausprägen würde. Denn ob ich für ein Anleihestück, auf dem geschrieben steht „100 Mark“, jetzt etwa 75 Mark, nachher, sagen wir einmal 40 Mark bekommen würde (und bei den ungeheuerlichen Entschädigungsansprüchen des Verbandes wäre ein Ende der Entwertung unserer Kriegsanleihen tatsächlich nicht abzusehen) oder ob ich für das Stück Brot 2 Mark bezahlen muß, das jetzt eine Mark kostet, für die Straßenbahnfahrt, die jetzt 20 Pfennig kostet, nachher 40 Pfennig (und solche Wirkungen würden dann ebenfalls eintreten), das bleibt sich doch wirklich gleich. Denn es kommt eben alles darauf an, wieviel Einkommen oder wieviel Vermögen ich habe, sondern darauf, was ich mir für dieses in Geld ausgedrückte Einkommen kaufen kann. Auch ein Tausch der Kriegsanleihe gegen andere Wertpapiere würde zunächst keine andere Wirkung haben, als die Kursrückgänge der Kriegsanleihe dem Verkäufer fühlbar und sichtbar werden zu lassen. Gelingt es uns, einen leidlichen Frieden zustande zu bringen, dann wird auch die Kriegsanleihe wieder Kurse erreichen, die ihrem alsdann unangefasteten inneren Werte entsprechen. Gelingt das nicht, dann ist voraussichtlich die deutsche Volkswirtschaft ebenso zahlungsunfähig wie die deutsche Staatswirtschaft und ein Stück bedruckten Papierses so viel oder so wenig wert wie ein anderes.

Blieben also schließlich noch die Waren. Gibt es aber in Deutschland heute überhaupt noch eine Ware (Säuer und Landbesitz kann man mit gewissen Einschränkungen getrost den Waren gleichstellen), deren Preis nicht eine Höhe erreicht hätte, das man bei einem auch nur irgend-

wie leidlichen Frieden mit scharfen Rückgängen rechnen müßte? Und von dem Ertrage des „Schieber“ gewinnes, der bei einem Stocken der Verhandlungen in Versailles vielleicht an einzelnen Waren noch zu machen wäre, gilt das gleiche, was oben bereits vom Papiergeld gesagt wurde. (Ganz abgesehen davon, daß Schiebergeschäfte wie sie hier einzig und allein in Betracht kommen, weder anständig noch sicher sind!)

Gerade dem kleinen Sparer wird man also jetzt mehr als je raten müssen, den Kopf nicht zu verlieren und sich aus dem Wertpapierbesitz nicht herausgrauen zu lassen, der sein Erspartes darstellt. Im übrigen ist es eine alte Börserfahrung, daß man weder in den Zeiten kaufen soll, wo alles kauft, noch in den Zeiten verkaufen, wo alles verkaufen will.
Leonhard Hagebuecher.

Aus Baden.

Die Gemeindevahlen.

Mit dem vergangenen Sonntag haben die Gemeindevahlen ihr Ende erreicht. Auch die im zweiten Abschnitt vollzogenen Wahlen wiesen die gleichen Tendenzen auf, wie die Vorgänger. Durchgängig herrschte Wahlscheit. Nur in ganz wenigen Fällen ging die Beteiligung über 60 %; 40—50 % war der Durchschnitt. Geringe Beteiligung war von je das Charakteristikum aller Gemeindevahlen; die Verbreiterung der Wählerbasis hat an diesem Zustande nichts geändert. Die „politische Bildung“ und „politische Reife“ will sich auch unter hochmodernen republikanisch-demokratischen Regime nicht einstellen. Die Massen fassen das wählen eben immer noch „animalisch“ auf, als eine Kraft- und Machtprobe für die Erringung in die Augen springender Gewalten und Vorteile. Bei den Kommunalwahlen winken solche Fehlschüsse und Siegespreise nicht. In der Gemeinde wird still und ohne politische Sensation gearbeitet; das stimuliert die Menge nicht; da zieht sie einen Gang ins Kino, ins Freie, oder ins Kaffeehaus vor.

Bei dieser Gelegenheit kann gleich festgestellt werden, daß die Wahl am Sonntag durchaus nicht all die „Vorteile“ zeitigte, die man ihr andichtete. Der Sonntagsausflug war Vielen, nicht zum letzten sozialdemokratischen Mitbürgern, viel wichtiger, als das Wahlgeschäft. Die Sonntagswahl des „neuen Regimes“ hat als „Errungenschaft“ nur die Sucht nach blinder Nachahmung ausländischer Muster festgestellt und den billigen Triumph der Religions- und Kirchenfeinde, der christlichen Sonntagsfeier eine Dhrseize zu geben.

Die Sozialdemokratie hat bei diesen Wahlen schlecht abgeschnitten; überall ein Rückgang der Stimmen bei gleichzeitiger Vermehrung der Stimmen der Unabhängigen. Die sozialistische Partei ist bereits in der Zerfetzung begriffen. Die Strömung nach links gewinnt an Stärke. Die „Mehrheitssozialisten“ sind eben jetzt Regierungspartei. Die Ehrlichen, die Idealisten, die Fanatiker sehen, daß die Welt genau so aussieht, wie vor 6 Monaten. Man hat zwar höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit herausgeholt, damit aber gleichzeitig die Peitsche auf den eigenen Rücken: zunehmende Teuerung und Erschwerung aller wirtschaftlichen Verhältnisse und Bedingungen. Das macht die Masse unzufrieden und sie schauen sich nach dem schärferen Radikalismus um, ob der nicht das Himmelreich auf Erden bringt. Diese Entwicklung ist gefährlich und gefährlich. Wenn es nicht gelingt, stabile Einrichtungen vernünftiger Ordnung zu schaffen, an denen der Gicht des Radikalismus wirkungslos zerstäubt, wird dem Vaterlande eine neue Epigone revolutionärer Zertrümmerung nicht erspart bleiben. Die Mehrheitssozialisten müssen eine Ordnungspartei werden.

In vielen Gemeinden ist die frühere sozialistische Mehrheit verschwunden. Von den größeren Städten hat nur Mannheim eine schwache Mehrheit (2—3 Stimmen) mit Hilfe der Unabhängigen. Alle anderen größeren Städte haben bürgerliche Mehrheiten.

Liberalen und Demokraten hatten bisher in den Gemeinden Badens fast ausnahmslos die Herrschaft. Auch damit ist's vorbei; die liberal-demokratische Mehr-

über uns. Ihr weiterer Gesichtskreis, wie etwas schärfer, wenn auch nie ungerechtes Urteil hatte unter manchen minder Begabten, die in den Gesellschaften endlose Gespräche über ihre Wirtschaft, ihre Kinder und ihre Dienstboten zu führen pflegten, unbeliebt gemacht, nun unbedeutende Frauen verzeihen einer Gesellschaft. Man erzählte er mir noch von einigen interessanten Frauen aus seiner Praxis; ich habe ja leider nicht mehr Zeit zu studieren, aber im langen Zusammenleben mit einem Arzt gewinnt man einige Erkenntnisse und meinen Freund seine Teilnahme an seiner Wirksamkeit. Er erzählte mir wie zu einem Kollegen, und diese Art Beziehung mich wiederum, macht mich stolz und hebt mich selbst empor. Aber wenn sage ich das? Sie erzählte mir täglich dieselbe Erfahrung.

Jutta wurde zu ihrer Erleichterung durch das Hinzu kommen der Hausfrau, die sie um ein Lied hat, einer Antike überhoben, aber sie fühlte sich tief beschämt. Was Frau Heimrot als so selbstverständlich annahm, fehlte Frau Heimrot als sie trug die Schuld daran. Manfred hatte sie wohl aus Barmherzigkeit nur von seinem Berufe, der so großen Anforderungen an seinen Geist, seine Tatkraft stellte, abgesehen. An ihr wäre es gewesen, ihn dazu zu veranlassen, sie hatte sich des Glückes beraubt, von dem Frau

Heimrot gesprochen. Aber noch war es nicht zu spät, noch konnte sie sich die Stelle an Manfreds Seite, die ihr gebührte, erringen.

Als sie heimgekommen war, schmeigte sie sich an seine Brust und bat erötend: „Laß mich fortan an allem teilnehmen, was dein Leben ausfüllt! Mein Ehrgeiz besteht darin, nicht nur deine Frau, sondern auch deine Gefährtin, dein treuer Kamerad zu sein!“

Mit einem tiefen Glückseligkeit, das sein ernstes Gesicht merkwürdig erhellte, drückte er sie schweigend an sich. Es war nicht nur die Freude, mit ihr fortan von seinen Berufsangelegenheiten sprechen zu können, die, wie Jutta wußte, ihn so verklärte; es war mehr noch der Gedanke, die Hoffnung: Sie hat ihre Vorurteile überwunden, und jetzt erst, das empfand er, wurde sie ganz sein! In ihr aber erzeugte seine sichtlich Freude, wenn sie auch deren tiefste Beweggründe nicht verstand, weil sie auf falschen Voraussetzungen beruhten, das Bestreben, ihm zu werden, was er von ihr erwarten durfte. Und schon in den nächsten Tagen sagte sie: „Laß mich die Stätte deines Wirkens kennenlernen!“

Froh leuchtete es in seinen Augen auf, und sie gingen Arm in Arm in das der lebenden Menschheit gewidmete Haus. Es trug keinen prächtigen, stolzen Namen, wie andere seiner Gattung, aber es war vorzüglich gebaut und eingerichtet. In den freundlichen, hellen Krankenzimmern lagen zahlreiche Patienten in peinlich sauberen Betten. Junge Assistenzärzte und Diakonissen in ihrer ersten Tracht waren hilfsbereit um sie beschäftigt.

Es bewegte Jutta tief, als sie die ungeheuerliche Ehrerbietung und Hochachtung bemerkte, mit welcher die Doktoren und Schwestern ihrem Manne entgegenkamen, und mehr noch das offenbare Vertrauen, die frühliche Dankbarkeit der Kranken und Genesenden, zu denen Manfred in einem milden, tröstlichen Tone sprach. In der Kinderabteilung jauchzten einige der Kleinen sogar laut auf, als er eintrat.

„Guten Morgen, Dunkel Professor, mach mich bald gesund!“ rief ein süßes, blondhaariges Mädchen. Und „Nieder Dunkel Professor, gib du mir die bittere Medizin!“ bat ein blasser Knabe, der den Trank von der Kranken-

schwester nicht hatte nehmen wollen. Juttas Augen feuchteten sich, verstoßen drückte sie des Gatten Hand.

Von nun an besuchte sie zuweilen die Kinder und nahm die Konvaleszenten unter ihnen mit in ihre Wohnung, wo sie mit ihnen spielte und ihnen lebhafte Speisen vorsetzte. Ihr schien es, als habe Manfred eine glückliche Hand, als wäre sein reiches Wissen, sein unablässiges Mühen stets mit gutem Erfolg gekrönt. Wie oft sah sie eine glückselig lächelnde Mutter ihr gesund gewordenen Kind aus der Klinik abholen, wie oft hörte sie aus dem Munde eines Genesenen ein begeistertes Lob ihres Mannes! Kollegen von Ruf zogen ihn häufig in ernsten Fällen zu, und zuweilen brachte er noch Rettung, wo eine solche bereits ausgeschlossen schien. Und nie war er müde oder unzufrieden, ohne einen Laut des Unwillens folgte er auch nachts dem Rufen. Jutta war stolz auf ihn und immer von neuem bewunderte sie seine unbedingte Pflichttreue, seine liebende, opferbereite Hingabe an seinen schweren und verantwortungsvollen Beruf. —
(Fortsetzung folgt.)

Die Folgen der Unterernährung. In einem „Ergebnisse der Kriegserfahrungen für die Physiologie der Ernährung“ betitelt Aufsatz weist Professor Dr. Strauß darauf hin, daß während der ersten Kriegsjahre leichte Fälle von Hungerstarb, Licht und Fettstoff besser wurden. Auch mittelschwere Fälle von Hungerstarb zeigten ein Verschwinden des Hungers, während die schweren Fälle durch die Unterernährung ungünstig beeinflusst wurden. Die Folgen der Unterernährung zeigten sich aber vor allem beim Nervensystem. Minderung oder ungewöhnlich rasches Vergehen der körperlichen und geistigen Kräfte, sowie erregbares, mürrisches Wesen waren die auffallendsten Erscheinungen. In offenkundiger Weise haben sich die Folgen der Unterernährung aber auch noch in der Form einer Erhöhung der Krankheitsbereitschaft gegenüber Infektionen gezeigt. Das gilt nicht bloß in Bezug auf die Tuberkulose, die in der Kriegszeit in erschreckender Weise zugenommen hat, sondern besonders auch in Bezug auf die Ruhr, die im Kriege viel schwerer verlief, als wir es in den Zeiten besserer Ernährung zu sehen gewohnt waren. Auch die hohe Sterblichkeit infolge der Grippe dürfte von der Ernährungs-lage nicht unbeeinflusst gewesen sein.

heit ist überall ausgeschaltet. Die bürgerlichen Radikalen sind entweder auf die Hilfe der Sozialisten, oder auf die des Zentrums und der christlichen Volkspartei angewiesen. Das Zentrum hat an Terrain gewonnen; es hat sich auch bei den Gemeindevahlen als den „festen Turm“ erwiesen. Sehr gut haben sich auch die Deutsch-Nationalen (christliche Volkspartei) gehalten; sie haben an manchen Orten auf dem Lande die Mehrheit; in den Städten haben sie sehr beachtliche Minderheiten errungen, so in Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Pforzheim. Auch die Alt-Nationalen, unter dem Namen Deutsch-Liberale, dürfen an einzelnen Plätzen Erfolge verzeichnen.

Im ganzen: eine Erstarkung des bürgerlichen Elements, Rückgang der Sozialisten, Verstärkung des radikalsten Flügels. Eine Reaktion nach rechts hat eingeleitet. Wenn die Rechte jetzt zielbewußt weiterbaut und sich nicht rückblickend in Lamentationen über Entschwindendes erschöpft, kann sie für die zukünftige Entwicklung des Vaterlandes bestimmend werden. A. R.

Kirche, Schule und Mission.

Karlsruhe, 27. Mai. Aus den Verhandlungen der Verfassungskommission der Evang. General-synode ist folgendes mitzuteilen: Der Kommission wurde ein von Kammerstenograph Frey angefertigter, vom Oberkirchenrat gutgeheißener Entwurf der Kirchenverfassung vorgelegt, der lediglich eine „Durchsicht“ der jetzigen Verfassung nach der Forderung der General-synode von 1914 darstellte. Die Arbeit enthielt Dinge, die die kirchlichen Wahlen und die Zusammenfassung der kirchlichen Vertretungen, vor allem der General-synode, betrafen. Der Frey'sche Entwurf verlangte: das Wahlrecht der Frau und ihre Wahlbarkeit (das Wahlalter wurde nicht herabgesetzt); Verhältniswahl in Gemeinden mit über 2000 Seelen; Ständesvertretung in der General-synode, Herabsetzung der Geistlichen in derselben auf etwa ein Drittel; Ausschaltung der Diözesen als Wahlkörper; Wahl der Geistlichen unter sich in einem Wahlkreis; Wahl der Laien in drei Wahlkreisen durch die Mitglieder der Kirchengemeindeversammlungen unter Anwendung der Verhältniswahl; einen neuen Maßstab für die Erststellung der örtlichen Kirchenvertretungen durch Urwahlen wie bisher; endlich Auflösung der Großstadtgemeinden. Alle diese Forderungen wurden angenommen, nur die Ständesvertretung für die General-synode wurde abgelehnt auf Antrag der Positiven. Von liberaler Seite wurde dann mehr verlangt, nämlich Urwahlen zur General-synode, d. h. alle wahlfähigen Kirchenmitglieder sollen unmittelbar im Verhältniswahlverfahren die Abgeordneten zur Landes-synode wählen, auch in drei Wahlkreisen. Man verlangte Aufgaben des Gemeindeprinzips, Annahme des Zahlenprinzips. Der Oberkirchenrat vollzog nun eine Schwelung. Verhielt er sich anfangs ablehnend gegen jeden Gedanken an eine Konstituante, so griff er nun im Einverständnis mit Herrn Frey zu einem vermittelnden Ausweg. Es sollte nur eine verfassungsgebende Landes-synode aufgrund der Urwahlen bestellt werden und zwar möglichst bald. Jede Diözese sollte dabei einen Laien wählen, nur die über 30 000 Seelen zählenden je zwei oder mehr. Weiter wurde ein anderer Entwurf vorgelegt, der die Urwahlen mehr als das erste Projekt mit dem Verhältniswahlrecht in Einklang bringen soll. Statt 3 werden 6 Wahlkreise mit 87 Abgeordneten vorgegeben, um die Erdrückung der ländlichen Wahlkreise durch die Großstädter angeblich einzuschränken oder zu verhüten. In der 13er Kommission erklärte ein Vertreter der Liberalen den Entwurf mit dem Gemeindeprinzip (Wahl durch die kirchlichen Vertretungen) für unannehmbar. Der vermittelnde Entwurf des Oberkirchenrats wurde schließlich zurückgestellt. Der auf den 16. Juni einzuberufenden General-synode sollen zwei Entwürfe vorgelegt werden, nämlich einer aufgebaut auf dem Gemeindeprinzip und Wahl der General-synode durch die örtlichen Kirchengemeindeversammlungen in drei Wahlkreisen; und dann der andere mit Urwahlen in drei Wahlkreisen ohne Einschränkungen.

Aus Stadt und Land.

Karlsruhe, 30. Mai 1919.

* **Einhaltung der gesetzlichen Feiertage.** Die Bestrebungen der Arbeiterschaft der Metallarbeiter in Mannheim, zu erreichen, daß am Himmelfahrtstage gearbeitet wird, geben Veranlassung, allgemein daran zu erinnern, daß die bisherigen gesetzlichen Feiertage nicht aufgehoben sind und infolge dessen, abgesehen von den durch die Gewerbeordnung zugelassenen Ausnahmen, Arbeiter in gewerblichen Betrieben an gesetzlichen Feiertagen, zu denen auch der Himmelfahrtstag zählt, nicht beschäftigt werden dürfen.

* **In der kartoffelarmen Zeit** bieten die noch in großen Mengen vorhandenen, jetzt allervorten zum Verkauf gelangenden Salzgemüse der Heeresverwaltung eine nicht zu unterschätzende Ergänzung der täglichen Kost, um so mehr, als die Preise dieser Salzgemüse, die nach der Entwässerung dem frischen Gemüse in keiner Weise nachstehen, wesentlich billiger sind als die Preise der jetzt auf den Markt kommenden Frischgemüse.

* **Fast im ganzen Lande** haben sich auch am 2. Wahlsonntag die Wahlen zu den Gemeindevertretungen nur unter verhältnismäßig schwacher Beteiligung vollzogen. In Heidelberg wurden 24 Sozialdemokraten, 23 Demokraten, 18 Anhänger des Zentrums, 12 Mitglieder der Deutschen Liberalen Volkspartei, 13 der Vereinigten bürgerlichen Gruppen (Deutsch-nationale und Freideutsche Bürgerpartei), 4 Unabhängige Sozialdemokraten, 2 der Gruppe für freie Interessen gewählt. In Schwetzingen erhielten die Unabhängigen 8, das Zentrum 12, die Sozialdemokraten 19, die Evangelische Bürgervereinigung 10 und die Freibürgerliche Vereinigung

3, die Demokraten 8 Vertreter. In Bruchsal entfielen auf die Demokraten 20, auf das Zentrum 41, auf die Sozialdemokraten 17, auf die Unabhängigen 3 und auf die Deutsch-nationalen 3 Vertreter. In Pforzheim erhielten die Unabhängigen 10, die Demokraten 12, die Sozialdemokraten 36, die Deutsch-nationalen 16, das Zentrum 8 und die Mittelstandspartei 14 Sitze. In Durlach die Demokraten 12, die Sozialdemokraten 25, die Unabhängigen 13, das Zentrum 8 und die Deutsch-nationalen 14 Stadtverordnete. In Ettlingen wurden gewählt 19 Zentrum, 15 Sozialdemokraten, 9 Demokraten, 9 Bürgervereinigung, 4 Unabhängige und 4 Deutsch-nationale. In Freiburg 41 Zentrum, 25 Sozialdemokraten, 13 Demokraten, 5 Deutsch-nationale, 8 Mittelstandsgruppen, 4 Deutsch-liberale. In Bretten 18 Demokraten, 18 Deutsch-nationale, 18 Sozialdemokraten und 7 Zentrum. In Singen a. N. 11 Demokraten, 23 Zentrum, 22 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige. In Ueberlingen 17 Demokraten, 32 Zentrum, 11 Sozialdemokraten. In Radolfzell 28 Zentrum, 17 Sozialdemokraten, 15 Demokraten. In Engen 20 Zentrum, 8 Demokraten, 8 Sozialdemokraten. In Konstanz 17 Demokraten 12 Sozialdemokraten, 12 Unabhängige, 35 Zentrum, 3 Deutsch-nationale.

* **Von den Gemeindevahlen in Baden** liegen weitere Ergebnisse vor. Gewählt wurden in Mosbach bei einer Beteiligung von 72 Prozent der Wahlberechtigten 21 Mitglieder des Zentrums, 7 Deutsch-nationale, 16 Demokraten, 5 Bürgerliche Vereinigung, 8 Sozialdemokraten und 3 Unabhängige. In Eberbach bei einer Beteiligung von 50,2 Prozent 37 Bürgerliche, 15 Mehrheitssozialisten und 8 Unabhängige Sozialdemokraten. In Dossenburg 41 Zentrumsvertreter, 15 Demokraten, 15 Sozialdemokraten, 10 Unabhängige Sozialdemokraten und 5 Deutsch-nationale. In Lahr 25 Demokraten, 22 Sozialdemokraten, 16 Zentrum, 11 Deutsch-nationale und 10 Unabhängige. In Donaueschingen 14 Demokraten, 19 Bürgervereinigung, 24 Sozialdemokraten und 3 Deutsch-nationale. — In Dos dürfte die stärkste Wahlbeteiligung bei den Gemeindevahlen in Baden vorgekommen sein, es haben 91 Prozent der Wahlberechtigten abgestimmt. In Dos erhielten die Vereinigte Bürgerpartei 26 Sitze, die Fortschrittliche Bürgervereinigung 14, die Sozialdemokraten 6. In Großschneuren entfielen auf die Freie Bürgervereinigung 6, die Vereinigte Bürgerpartei 1 und die Sozialdemokratie 4 Sitze. Die Freunde der Eingemeindung von Dos in Baden-Baden haben damit die Mehrheit erlangt.

* **Im Alter von 63 Jahren** ist der Direktor der hiesigen Kunstgewerbeschule, Geh. Hofrat Prof. Karl Hoffacker, gestorben. Er stammte aus Darmstadt und studierte Architektur und Ingenieurwissenschaft. Seit 1901 wirkte er als Nachfolger von Hermann Götz an der Spitze der Karlsruher Kunstgewerbeschule. Diese hat unter Hoffacker einen bedeutenden Aufschwung genommen. Von ihm stammten die Entwürfe zum „Deutschen Haus“ auf der Weltausstellung in Chicago.

(?) **Deutscheneureut, 29. Mai.** Hier gibt's keine Unabhängige Sozialdemokraten, jedoch unabhängige Demokraten, was aus den Vorschlagslisten für die Gemeinderatswahl hervorgeht. Die Demokraten haben einen Wirt und bisherigen Gemeinderat nicht mehr an aussichtsreiche Stelle der Liste genommen, weshalb einige Demokraten eine eigene Liste für diesen aufstellten. Da die Wähler in ihrer übergroßen Mehrheit von dieser Wahl jedoch nichts wissen wollen, ist man allgemein auf den Ausgang gespannt.

Mannheim, 29. Mai. Nachdem in den letzten Tagen zeitweise die Rheinbrückensperre für Kinder vom französischen Besatzungskommando aufgehoben worden war, wurde sie jetzt wieder verschärft. Wie der Generalanzeiger mitteilt, besteht das Gerücht, daß in den nächsten Tagen eine vorübergehende längere vollkommene Brückensperre eingelegt wird. Alle diese überraschenden Maßnahmen werden mit den politischen Vorgängen in Zusammenhang gebracht, teils mit der Unsicherheit über die Unterzeichnung der Friedensbedingungen, teils mit der Nichtanerkennung der von den Franzosen begünstigten Begründung der sogenannten „Unabhängigen neutralen Republik Pfalz“.

Hörden (Murgtal), 29. Mai. Gendarmen aus Gernsbach stellten bei einer Hausdurchsuchung fest, daß zwei hiesige Einwohner, namens Hellstern und Krug, gewüldert hatten. Als die Wildbilde verhaftet werden sollten, stellte sich die Einwohnerschaft auf die Seite der Gefellten.

Offenburg, 28. Mai. Durch eine Verfügung des Bezirksamts ist die Volkswehr aufgelöst worden.

Donaueschingen, 29. Mai. Ein Soldat wurde beobachtet, wie er auf der Klankereuthen sich auf dem Waldboden zu schaffen machte. Als ein Gendarm sich nach dem Aufenthaltsort des Soldaten begab, sprang dieser davon und man konnte an der Stelle, an der er sich aufgehalten hatte, einen Geldbeutel mit 25 000 Mk. entdecken, den der Soldat im Waldboden vergraben hatte. Später fand man noch in einem Bierfasser der Fürstenbergischen Brauerei in einem alten Kasse eine Kassette mit 75 000 Rubel in Gold. Der Soldat wurde verhaftet, er gehört zu der Gesellschaft, die die Kasse des Inf.-Regts. 438 gestohlen hatte.

Freiburg, 29. Mai. Eine Dame, die ungenannt bleiben will, hat der Waisenhaus-Stiftung ein Rehgrundstück im Werte von fast 60 000 Mark unter der Bedingung geschenkt, daß die Böglinge des städtischen Waisenhauses im Vororte Winterthal alljährlich bei der Weinlese ein entsprechendes Quantum Trauben aus dem Rebstock als Kostprobe erhalten.

Büchertisch.

Die „Gegenvorschläge der deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen“ erscheinen in einer guten Buchausgabe zum Preise von 1 Mk. (mit einem Laden-

ausschlag von 10 Pfg.) im Verlage von Reimar Hobbing, Berlin SW. 61. Da die Tageszeitung nur wenige dieser für die ganze Zukunft Deutschlands wichtigen Dokumenten bieten kann, sei hiermit dieses Buch für jeden Staatsbürger warm zur Kenntnisnahme empfohlen. Zur Massenverteilung in Schulen, großen Wirtschaftsbetrieben, Vereinen und Verbänden erscheint eine ganz billige Volksausgabe.

Vermischte Nachrichten.

Einstellung des Postverkehrs mit Polen.

Berlin. Der Betrieb auf der Eisenbahnstrecke Krasnopol, auf der allein der Verkehr mit dem gesamten polnischen Aufstandsgebiet vermittelt wurde, ist am 23. vollständig eingestellt worden, nachdem seit 20. der Personenverkehr gestoppt war. In der Gegend von Miala sind die Schienen zerlegt und die Telegraphenleitungen zerstört worden. Infolgedessen hat der gesamte Post- und Telegraphenverkehr mit dem von den Polen besetzten Gebiet eingestellt werden müssen.

Entente-Kontrollen für alle deutschen Behörden.

Paris. Ein amerikanischer Friedensdelegierter erklärt, daß die Ausführung der Friedensbedingungen von 24 Entente-Kommissionen überwacht werden würde. Wenn dem werde jeder Behörde in Deutschland ein Entente-Kontrollen zugeteilt werden.

Keine Zugeständnisse der Entente.

Berlin. Von ausländischer Stelle wird versichert, daß die Meldungen über eine Bereitwilligkeit der Entente zu Zugeständnissen lediglich Kombinationen und gänzlich unbestimmt seien.

Noch ein Notenwechsel von einem Monat.

Verfaßtes. „Aber“ glaubt, daß man noch mit einem Monat Notenwechsel, Antworten und Diskussionen vor der Unterzeichnung des Präliminarfriedens rechnen muß.

Die Allensteiner Schießaffäre.

Allenstein. In dem, die hiesige Schießaffäre behandelnden Prozeß, bei der bekanntlich beim Truppeneinsatz im Dezember der Hauptmann Blas erschossen wurde, wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte Wintow wurde wegen vorsätzlichen Totschlages unter Subtilisierung mildernder Umstände zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungsakten wurden nicht in Anrechnung gebracht.

Gewalttaten der Polen.

Paris. Die hiesige polnische Kommission hat mit Warschau die Aufforderung gerichtet, für jeden in Oberschlesien verhafteten Polen zehn Deutsche festzunehmen, die sich in Polen aufhalten. — Im übrigen treffen die Polen ummurende Vorbereitungen zur militärischen Befreiung von Oberschlesien.

Die irische Frage.

Verfaßtes. Wie die Pariser Ausgabe des „Revue Social“ erzählt, wird das irische Problem von der Pariser Konferenz nicht erörtert werden. Im übrigen sucht man in Paris auf den kommenden Völkerverbund zu verweisen.

China greift zu den Waffen!

Paris. In ihrem Protest gegen die Übergabe Sineschens an die Japaner erklären die chinesischen Delegierten, daß die Entente dadurch den von ihr angeklagten belästigenden preussischen Geist zu Gunsten Japans beiseite lasse. Unter solchen Umständen könne China keinen Frieden schließen, sondern müsse zu den Waffen greifen.

Polnische Furcht vor einem deutschen Einmarsch.

Wien. Nach einer Meldung aus Warschau bringen die polnischen Blätter Nachrichten, daß die Deutschen in Oberschlesien und Ostpreußen Truppen aufzusammeln. Die polnische Regierung habe Vorbereitungen getroffen, um im Falle eines Krieges mit Deutschland die Befreiung des Landes zu verhindern. Polnische Blätter fordern auf, man möge sich einem neuen Kriege vorbereiten und eine starke Armee schaffen, um die politischen Lande von Deutschland zu befreien.

Evang.-luth. Gemeinde, alte Friedhofskapelle, Waldhornstr. 9.
Sonntag, 10 Uhr, Gottesdienst, Dr. Leichmann.
Himmelfahrtstag, 10 Uhr, Gottesdienst, Dr. Leichmann.
Jahnde, Gemeindehaus, Bismarckstraße 1.

Evangelische Stadtmission Karlsruhe, Adlerstraße 23.
Sonntag, 11/12 Uhr, Kindergottesdienst, Albrecht. 23: Stadtmissionar Lieber.
11/12 Uhr, Kindergottesdienst in der Diakonissenhaus-Kapelle: Stadtm. Lieber.
4 Uhr, Jungfrauenverein von Fr. Schweifert, Marienstraße 1.
4 Uhr, Jungfrauenverein von Fr. Lieber, Erdbergstraße 12.
4 Uhr, Jungfrauenverein der Schwester Rene, Adlerstraße 23.
5 Uhr, Abendgottesdienst, Stadtmissionar Lieber.
5 Uhr, „Blaukreuz“-Versammlung, Kreuzstr. 23. Stadtmissionar Höpfel.
Sonntag, 8 Uhr, Bibelstunde, Stadtmissionar Lieber. Predigt: Stadtm. Höpfel.
Freitag, abends 8 Uhr, Bibelstunde, Schellstraße 37/3. Stadtm. Höpfel.
abends 8 1/2 Uhr, Vorbereitung f. d. Kindergottesdienst, Stadtm. Lieber.

Evang. Vereinshaus, Amalienstr. 77.
Sonntag, vorm. 11 1/2 Uhr, Sonntagsschule.
3 Uhr nachmittags: Allgemeine Versammlung. Stadtm. Kauder.
4 Uhr, Jungfrauenverein.
8 Uhr, abends, allgemeine Versammlung in Gegenwart.
Montag, abends 8 Uhr: Jugendabteilung.
Dienstag, nachm. 5 Uhr: Bibelstunde f. Frauen u. Jungfrauen.
abends 8 Uhr: Bibelstunde für Männer u. Junglinge.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Seminarabende.
Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Sonntagsgedächtnisfeier.

Friedenskirche der Meth.-Gemeinde, Karstr. 49 b.
Sonntag, vorm. 10/11 Uhr, Predigt, Prediger Räder.
vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. — Nachmittags 4 Uhr: Prediger Räder.
Montag, abends 1/2 Uhr, Singstunde für Männerchor.
Mittwoch, abends 1/2 Uhr: Bibel- und Gesangsstunde.
Donnerstag, abends 1/2 Uhr, Singstunde für gemischten Chor.

An unsere Freunde!

richten wir die Bitte, in den verschiedenen Gemeinden für die

„Badische Warte“

zu werben. Mancher Leser könnte gewonnen werden, wenn er die „Badische Warte“ kennen würde. Gebt das Blatt zur Ansicht weiter. — Verlangt Probeblätter! — Auch zu Anzeigen bemüht die „Badische Warte“. Sie hat einen gut-kaufkräftigen Leserkreis.

Schriftleitung und Verlag der „Badischen Warte“.